

„Stundenhafte Mangelsituationen“ – Zwei AKW sollen bis Mitte April als Notreserve dienen

Stand: 05.09.2022 | Lesedauer: 3 Minuten

Falls nötig sollen die Atomkraftwerke Isar 2 und Neckarwestheim bis Mitte April Strom erzeugen. Grund ist der Strombedarf in Süddeutschland. Der Meiler Emsland soll wie geplant vom Netz gehen. Wirtschaftsminister Robert Habeck betont, er halte am Atomausstieg fest.

Von den drei verbliebenen Atomkraftwerken in Deutschland sollen zwei bis Mitte April als Notreserve dienen. Das erklärte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am Montag während der Vorstellung der [Ergebnisse eines zweiten Netzstresstests](/wirtschaft/article240009487/Stromversorgung-Das-Ringen-um-Details-des-Blackout-Stresstests.html) (</wirtschaft/article240009487/Stromversorgung-Das-Ringen-um-Details-des-Blackout-Stresstests.html>).

„Die beiden AKW Isar 2 und Neckarwestheim sollen bis Mitte April 2023 noch zur Verfügung stehen, um falls nötig, über den Winter einen zusätzlichen Beitrag im Stromnetz in Süddeutschland 2022/23 leisten zu können“, wird der Politiker in einer von seinem Ministerium verbreiteten Mitteilung zitiert.

Wie Habeck weiter ausführte, sei es nicht auszuschließen, dass es im Winter „stundenhafte Mangelsituationen“ im Stromsystem geben könnte. Die für ihn richtige Konsequenz sei, sich die Option zu erhalten, „die beiden süddeutschen Kraftwerke in eine Reserve zu überführen, sodass sie wieder genutzt werden können oder weiter genutzt werden können, wenn die Situation es gebietet.“

Auf Nachfrage erklärte Habeck, dass diese Entscheidung nicht automatisch einen Streckbetrieb, also einen Weiterbetrieb der Atomkraftwerke mit den vorhandenen Brennstäben nach dem 31. Dezember, vorsehe. Geplant sei, diesen Streckbetrieb nur bei Bedarf zu ermöglichen. Dafür ist laut Habeck eine Gesetzesänderung nötig. Das Wiederanfahren werde ungefähr eine Woche dauern.

Im Fall einer Inanspruchnahme will Habeck die Reservekraftwerke allerdings weiterlaufen lassen und erst Mitte April abschalten. „Wenn die Entscheidung getroffen wird, die

Atomkraftwerke werden gebraucht, dann werden sie gebraucht“, sagte er. Dann liefen sie so lange, bis die Brennelemente verbraucht seien oder bis das Enddatum erreicht sei.

Habeck hält an Atomausstieg fest

„Am Atomausstieg, wie er im Atomgesetz geregelt ist, halten wir fest“, betonte der Grünen-Politiker. Neue Brennelemente würden nicht geladen. Spätestens Mitte April nächsten Jahres sei auch mit der Reserve Schluss. Mehrfach sprach Habeck in seinen Ausführungen von einer „Hochrisikotechnologie“.

Die betroffenen AKW-Betreiber werden laut Habeck „selbstverständlich“ eine Entschädigung bekommen – für ihr Personal und sonstige Betriebskosten. Die Höhe der staatlichen Zahlungen sei noch unklar, werde aber überschaubar sein. Zur Finanzierung will Habeck auch auf die Abschöpfung von „Zufallsgewinnen“ (</politik/deutschland/article240855137/SPD-FDP-Gruene-planen-Abgabe-auf-Zufallsgewinn-zur-Finanzierung-der-Strompreisbremse.html>) auf dem Strommarkt zurückgreifen.

Der Grünen-Minister sprach von einer angespannten Lage im Stromsystem in diesem Jahr. Deutschland habe eine „sehr hohe Versorgungssicherheit im Stromsystem“, sei aber Teil eines europäischen Stromsystems. Neben der Einschränkungen der russischen Gaslieferungen infolge des Ukraine-Kriegs verwies er auf den Ausfall von rund der Hälfte der Atomkraftwerke in Frankreich und die Dürre im Sommer, die eine Produktion in Wasserkraftwerken in Nachbarländern schwäche.

Netzbetreiber hält Erhöhung der Stromerzeugung für sinnvoll

„Insgesamt ist klar geworden, dass wir vor einer angespannten Situation in ganz Europa stehen“, sagte auch der Chef des Netzbetreibers 50Hertz, Stefan Kapferer. „Unsere Botschaft ist ganz klar: Es ist sinnvoll und notwendig, alle Möglichkeiten zur Erhöhung der Stromerzeugung und der Transportkapazitäten zu nutzen.“

Seit Monaten wird in Deutschland über einen möglichen längeren Betrieb der verbliebenen Atomkraftwerke Isar 2 in Niederbayern, Emsland in Niedersachsen und Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg diskutiert. Nach Darstellung des Ministeriums soll das Kraftwerk Emsland wie geplant zum Jahresende vom Netz gehen.

Zuvor hatte nicht nur die oppositionelle Union, sondern auch die an der Regierung beteiligte FDP für einen Fortbetrieb der Atomkraftwerke

(</politik/deutschland/article240507017/AKW-Emsland-Politisch-motivierte-Blockade-Jens-Spahn-fordert-Laufzeitverlaengerung.html>) geworben. FDP-Chef und Bundesfinanzminister Christian Lindner forderte noch am Montag den Weiterbetrieb der drei noch produzierenden Kernkraftwerke. „In diesen Zeiten sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, den Strompreis für die Menschen und die Betriebe zu reduzieren“, sagte Lindner der „Süddeutschen Zeitung“. Für die Grünen dagegen gehört die Ablehnung von Atomkraft (</politik/deutschland/article240822607/Atomkraftwerke-Gruenen-Basis-will-offenbar-Laufzeitverlaengerung-verhindern.html>) zur politischen DNA.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

dpa/AFP/Reuters/sebe

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240881919>